

Positionspapier zur Verknüpfung Steuervorlage 17 / AHV

vom 18. Juni 2018

Der Ständerat hat am 7. Juni 2018 ein Paket gutgeheissen, welches die Steuervorlage 17 (SV 17) mit einer Zusatzfinanzierung für die AHV verknüpfen möchte. Die Politiker erhoffen sich von diesem unanständigen «Deal» eine grössere Akzeptanz der umstrittenen Steuerreform. Eine deutliche Mehrheit der kleinen Kammer ist der Ansicht, dass man hiermit einen gut-schweizerischen Kompromiss geschaffen habe.

Diese Meinung teilen – vor allem ausserhalb der Politik – jedoch bei weitem nicht alle. So schrieb etwa der emeritierte Wirtschaftsprofessor Silvio Borner in der Basler Zeitung: «[...] Diese Kombination von Steuerreform und AHV-Sicherung ist aus der Sicht der direkten Demokratie ein Affront, weil es nicht angeht, die Stimmberechtigten zu fragen, ob wir zwei abgelehnte Volksabstimmungen durch eine kombinierte Version annehmen wollen.» Auch die NZZ hat dieses Vorgehen treffend beschrieben: Es sei das «[...] Gleiche wie die unausgesprochene Botschaft von Eltern, die ihren Kindern den Gemüseteller schmackhaft machen wollen: Das Gemüse (die Steuerreform) ist etwas Schlechtes, aber wenn Ihr dieses brav esst, gibt es nachher ein Dessert (Gelder für die AHV). Bei Kindern funktioniert dies manchmal. [...] Ob auch Stimmbürger auf solche Schalmeienklänge eingehen, muss sich noch zeigen.» Und schliesslich hielt BaZ-Chefredaktor Markus Somm in einem Leitartikel unter dem Titel «Geisterstunde des Parlamentarismus» fest: «Wir sind keine repräsentative, parlamentarische Demokratie, sondern eine direkte [...]. Wenn die Politiker [...] solche Kompromisse auf völlig verschiedene Felder ausweiten, wenn also die Verkehrspolitik etwa plötzlich mit der Kinderkrippenpolitik verknüpft wird, um so eine vermeintliche Mehrheit im Parlament oder im Volk zu erhalten, dann wird diese alte und brillante Kompromissfindungsmaschinerie der direkten Demokratie zerstört.»

Der Arbeitgeberverband Basel schliesst sich diesen Aussagen klar an. Er wehrt sich kategorisch gegen das Vermischen von völlig sachfremden Vorlagen und **fordert deshalb die Parlamentarierinnen und Parlamentarier in Bundesbern dazu auf, die Verknüpfung der SV 17 mit der Zusatzfinanzierung für die AHV abzulehnen und eine ausgewogene Steuerreform zu schaffen, die überzeugt und akzeptiert wird.** Mit dem vom Ständerat beschlossenen Steuervorlage-AHV-«Deal» steht nämlich auch die kantonale Lösung zur Umsetzung der SV 17, welche die Basler Wirtschaftsverbände gemeinsam mit den Parteien und der Regierung in anstrengenden Verhandlungen erzielt haben, auf dem Spiel.

Marc Jaquet, Präsident Arbeitgeberverband Basel

Barbara Gutzwiller, Direktorin Arbeitgeberverband Basel